

18.2.2016 11.15 Uhr / Sitzung
Anlage

Beschluss der Fachausschüsse „Bildung“ der Beiräte Findorff, Walle und Gröpelingen

Beiräte des Bremer Westens fordern bessere Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Inklusion

Die „Bestandsaufnahme aller Grundschulen und des ReBUZ im Bremer Westen“ zur Inklusion vom 21.1.2016 ist Hilferuf und Warnsignal zugleich. Die Bildungsausschüsse der Beiräte des Bremer Westens unterstreichen die Unabwendbarkeit der inklusiven Schule und fordern den Senat/die Bürgerschaft auf, im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse die notwendigen Rahmenbedingungen für inklusiven Unterricht und Schulalltag abzusichern. Die in den Eckwerten vorgesehene Aufstockung der Lehrkräfte um insgesamt 200 für Bremerhaven und Bremen ist völlig unzureichend. Diese Stellen sind allein für die Absicherung von Inklusion nötig in der Stadt Bremen. Die Vergrößerung von Klassenfrequenzen, die aufgrund des Anstiegens der Kinderzahlen in Aussicht genommen wurde, ist ein falsches Signal. Sie geht in erster Linie zu Lasten der Kinder mit Unterstützungsbedarf und der Beschäftigten, die bereits jetzt mit hohen Ausfallzeiten der Belastung Tribut zollen.

Die Sitzung der gemeinsamen Bildungsausschüsse des Bremer Westens regt an, im Rahmen der Beirätekonferenz dieses Thema stadtteilübergreifend auf Grundlage dieses Beschlusses zu behandeln.

Die Haushaltsplanung 2016/17 muss insbesondere beinhalten:

- deutlich bessere Ausstattung aller Schulen mit behindertenpädagogischer Grund- und Fachkompetenz (als Maßstab sollte 4 Stunden für 10% aller Kinder gelten, derzeit 3,7 für 6,5%);
- zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeit und –pädagogik;
- Entfristung aller Arbeitsverhältnisse im Bereich der Vorkurs-Sprachbildung;
- Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung zur gemeinsamen Vorbereitung eines Klassen- oder Jahrgangsteams auf gemeinsamen Unterricht;
- Ausbau der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten zur Realisierung inklusiven Unterrichts durch Freistellung und nicht zusätzlicher Belastung;
- Einstellungsoffensive für Lehrkräfte mit behindertenpädagogischer/inklusive Qualifikation;
- Aufstellung eines aussagekräftigen Schulstandort- und Personalentwicklungsplans;
- Angleichung der Besoldungsstruktur für die FunktionsstelleninhaberInnen der Grundschulen an die der Oberschulen.

(einstimmiger Beschluss anlässlich der gemeinsamen Sitzung am 03.02.2016)